

Rinderwahn oder Wirtschaftswahn?

Maria Mies

"Mich hat man ja als Steinzeitbauer beschimpft, doch ich sitze jetzt ganz sicher da. Aber meine Kollegen, denen steht die Angst bis zum Hals. Seit Dezember haben die Bauern kein Vieh mehr verkauft. Die Ställe sind voll. Die alten Kühe geben weiter Kälber. Die Bullen, deren Mast bis zu DM 900,- pro Tier aus EU-Geldern subventioniert wurde, können nicht mehr verkauft werden. Aber sie müssen weiter gefüttert werden. Womit, wenn plötzlich Tiermehl verboten ist? Und jetzt noch die Maul und Klauenseuche!" Wer dies sagte ist Lothar Gothe, Subsistenzbauer aus Bergneustadt. Mit seinen 3 Milchkühen, 3 Kälbern, 4 Galloway-Rindern, 2 Schweinen, 40 Hühnern, 2 Ziegen, 12 ha Grünland und 1 ha Ackerland ist er mit seiner Frau Meggie schon vor 12 Jahren aus dem Wahnsinn der modernen Landwirtschaft ausgestiegen. Panik herrscht auch bei den VerbraucherInnen, vor allem bei den Müttern, die verantwortlich dafür sind, dass gesundes Essen auf den Tisch kommt. Ihre Kinder wollen kein Fleisch mehr. Inmitten übervoller Supermärkte fragen die Leute: Was sollen wir essen?

Die neue Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Frau Künast gibt zu, dass die alte Landwirtschaftspolitik heute vor einem "Scherbenhaufen" steht. Eine neue "Agrarwende", die auf "Klasse statt Masse", auf "Ökologisierung und Regionalisierung" auf "gläserne Produktion" und auf "Lebensmittelsicherheit" setzt, soll den physischen und sozialen Ekel überwinden, der Kinder und Erwachsene angesichts der Bilder über die Realität der Fleischproduktion, der Massentierhaltung, der Tiertransporte, der Großschlächtereien und Tiermehlfabriken erfasst hat. Vor allem die rauchenden Scheiterhaufen von hunderttausenden Tierkadavern hat vielen den Appetit verdorben. Der Rindfleischkonsum ist drastisch gesunken. Diese Brandopfer werden jedoch weniger der Gesundheitsvorsorge für die Menschen gebracht. Wenn in Deutschland mindestens 400 000, in der EU etliche Millionen Rinder getötet und verbrannt werden sollen, dann geschieht das hauptsächlich zur "Marktbereinigung". Diese Tiere werden dem Gott "Freier Markt" geopfert. Wer ist denn hier wahnsinnig?

Vielen dreht sich nicht nur der Magen um, wenn sie den Zusammenhang zwischen Seuchen, wie BSE, MKS den Massentieropfern und einem Wirtschaftssystem verstehen, das nur einen Wert kennt: Profit und Wachstum um jeden Preis. Im Dienste dieses Wirtschaftssystems wurden Kontrollen an den europäischen Grenzen für Tier- und Fleischimporte gelockert. Ende der siebziger Jahre setzte die Futtermittelindustrie die Abschaffung der offenen Deklaration der Inhaltsstoffe durch, weil man nicht laufend neue Etiketten drucken könne. Mit der Durchsetzung der neoliberalen Globalisierungspolitik in der Landwirtschaft Anfang der neunziger Jahre wurden viele Schlachthöfe privatisiert, die tierärztliche Fleischschau eingeschränkt und vor allem, die Impfung gegen Maul- und Klauenseuche in der EU verboten. Die fleischexportierenden Länder der EU sahen darin ein Handelshemmnis, weil auch geimpfte Tiere den Virus weiterverbreiten. Importländer würden solche als "MKS-geimpften" Tiere nicht importieren. Verzweifelt wenden sich Bauern und VerbraucherInnen an ihre gewählten VolksvertreterInnen. Diese jedoch verweisen auf EU-Gesetze. Herr Fischler, Agrarkommissar in Brüssel verweist seinerseits auf die Bestimmungen der WTO, die die EU befolgen müsse. Doch was ist die WTO?

Wer bestimmt, was wir essen? Was in der gesamten Panik um BSE,MSK und notwendige Agrarwende verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass die Landwirtschaftspolitik in Europa seit den sechziger Jahren nicht an den Interessen der Verbraucher und Bauern ausgerichtet ist, sondern an den Interessen der Industrie. Diese braucht billige Lebensmittel, wenn sie expandieren und die Arbeiter bei der Stange halten will. Die Landwirtschaft wurde zunehmend rationalisiert und industrialisiert." Wachsen oder Weichen" war die Devise. 1992 wurde die EU-Landwirtschaftspolitik der neoliberalen, globalen Freihandelspolitik unterworfen. Neben anderen Freihandelsabkommen wurde auch ein Abkommen über Landwirtschaft, das Agreement on Agriculture (AoA) verabschiedet und 1995 in der Welthandelsorganisation (WTO) verankert. Nach den Regeln des AoA müssen alle Mitglieder der WTO ihre Märkte für Agrarprodukte aus allen Mitgliedsländern öffnen. Subventionen, Schutzzölle und andere Stützungsmaßnahmen für

die nationale Landwirtschaft müssen sukzessive abgebaut werden, weil sie den globalen Freihandel behindern. Das Ziel der Landwirtschaft ist nicht mehr die Selbstversorgung eines Landes mit gesunden Lebensmitteln, sondern möglichst freier und wachsender Handel mit Agrarrohstoffen. Noch im letzten Jahr sagte der Kanzler, die deutsche Landwirtschaft müsse weltmarktfähig werden. Die Verbraucher wurden mit billigen Preisen und die Bauern mit Exportsubventionen in diese Weltmarktorientierung eingebunden. Die EU war nicht Opfer sondern Vorreiter dieser neoliberalen "Reformpolitik" Im Interesse der Exportindustrien hat sie die nationalen Kontroll- und Schutzmaßnahmen gestrichen, obwohl sie wissen musste, dass sich in einem grenzüberschreitenden, offenen Agrar- und Lebensmittelmarkt Seuchen wie ein Flächenbrand ausbreiten würden. Zwar haben die EU und die USA die WTO-Forderungen über den Abbau protektionistischer Maßnahmen bisher nicht erfüllt. Doch nach dem Scheitern der 3. Ministerkonferenz der WTO in Seattle (1999) setzt sich die WTO massiv für eine drastische Verringerung aller Stützungsmaßnahmen ein, besonders in der EU. Bei ihrer nächsten Ministerkonferenz in Katar wird die weitere Liberalisierung des Agrarsektors eine zentrale Rolle spielen. Schon in diesem Sommer wird im Rahmen der "inbuilt agenda" der WTO über die weitere Liberalisierung des AoA verhandelt. Doch davon erfährt die BürgerIn nichts. Wie passt das zusammen? Die Regierung fordert eine Agrarwende zugunsten der Ökologie, regionaler Märkte und des Schutzes der Verbraucher. Andererseits hält sie fest an der WTO- Politik, die den Abbau ebensolcher Handelshemmnisse fordert.!

Ich habe Frau Höhn, die Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in NRW gefragt, wie sie denn diesen Widerspruch lösen wolle. Die gleiche Frage stellt sich im Hinblick auf die Osterweiterung der EU.

Frau Höhn antwortete, man könne sich in Europa nicht vom Weltmarkt abschotten. Aber soziale und ökologische Mindeststandards müssten in der WTO verankert werden." Wir werden darauf drängen, dass ein Qualitätssiegel eingeführt wird, dessen Kriterien überall auf der Welt erfüllt werden müssen. In Deutschland müssen sich auch die konventionellen Betriebe nach diesen Kriterien ausrichten. Das muss nicht unbedingt mehr kosten. Für die Osterweiterung gilt das gleiche. Die Länder, die der EU beitreten wollen, müssen ebenfalls überprüfbare ökologische Standards anerkennen. Das Ökosiegel ist in der EU bereits anerkannt. Auch die Regionalisierung der Märkte ist akzeptiert."

Sosehr ich die Ziele der vorgeschlagenen Agrarwende begrüße, so skeptisch bin ich in bezug auf ihre Realisierung im Rahmen einer EU-weiten und globalen Freihandelspolitik. Wer tatsächlich Lebensmittelsicherheit für alle Menschen, eine tier- und pflanzengerechte Landwirtschaft und die Förderung regionaler Märkte will, kann nicht gleichzeitig die Freihandelspolitik der WTO und AoA unterstützen. Außerdem, so scheint mir, machen die grün-roten PolitikerInnen die Rechnung ohne den Wirt. Sie reden nicht von den Interessen der multinationalen Konzerne, die sowohl hinter der EU-Kommission als auch hinter der WTO stehen. Ihr Standpunkt wurde ganz klar vom Präsidenten des BDI, Herrn Rogowski, formuliert:" Hoffentlich gelingt es bei der nächsten WTO-Ministerkonferenz im November in Katar eine neue Liberalisierungsrunde einzuläuten. Noch ein Debakel wie das in Seattle dürfte die Welthandelsorganisation stark zurückwerfen. Die Industrieländer müssen ihre Märkte, vor allem die Agrarmärkte weiter für die Entwicklungsländer öffnen. Alles andere wäre nicht nur kurzfristig, sondern auch riskant, da es weitere multinationale Liberalisierungen für Handel und Investitionen in weite Fernen rücken würde."(FR.13.3.01)

Während die Regierungen vieler Entwicklungsländer tatsächlich auf eine weitere Öffnung der EU-Märkte für ihre billigeren Agrarprodukte drängen, lehnen oppositionelle Bauernbewegungen im Süden wie im Norden diese Weltmarktorientierung der Landwirtschaft ab. Diese im internationalen Netzwerk Via Campesina zusammengefassten Bewegungen fordern, dass Landwirtschaft, Wasser, intellektuelles Eigentum, Gesundheit und Bildung aus dem System der WTO herausgenommen werden. Diese Bereiche der unmittelbaren Daseinsvorsorge dürften nicht der Profitgier multinationaler Konzerne und den Fluktuationen des globalen "freien" Marktes überlassen werden. Sie müssten vielmehr unter der Kontrolle überschaubarer demokratischer Gemeinwesen bleiben. Nur so könnte eine Agrarwende gelingen.

Köln, 21.03.2001